



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 127'091
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 25
Fläche: 25'932 mm²

Mehr Markt beim Klimaschutz

Bei einem kontroversen Projekt in Ecuador wird auf die falschen Impulse gesetzt

Das erdölreiche lateinamerikanische Entwicklungsland Ecuador hat Mühe, Geldgeber für eine innovative Idee zum Klimaschutz im Amazonas zu begeistern. Zu viele Fragen sind unbeantwortet.

bau. Genf · Zündend ist auf den ersten Blick die Idee des linkspopulistischen ecuadorianischen Präsidenten Correa. Statt ein Stück Regenwald im Amazonasgebiet für die Erdölförderung freizugeben, soll das überaus artenreiche Gebiet von Yasuní zum Naturpark erklärt und so der menschlichen Gier nach Rohstoffen entzogen werden. Verhindert wird nach Angaben der Initianten der Ausstoss von 410 Mio. t CO₂.

Erhaltung der Biodiversität

Für den Verzicht auf Förderung des Erdöls fordert Ecuador von der Weltöffentlichkeit eine in Raten zu entrichtende Kompensation von 3,6 Mrd. \$. Zur Zeit der Lancierung der Initiative entsprach dies der Hälfte der Einnahmen, die dem Land aus der potenziellen Erdölförderung entgehen. Beim gegenwärtigen Erdölpreis wäre es ein Vielfaches. Die Gelder sollen zur Erhaltung der Biodiversität eingesetzt werden. Den Versuchsballon lancierte Ecuador schon vor vier Jahren. Um die Initiative gegen jeglichen Verdacht auf Korruption abzuschirmen, wurde 2010 das Umweltprogramm der Uno mit der Verwaltung des Kompensationsfonds beauf-

tragt. Doch trotz globalen Sympathien aus grünen Kreisen und dem ausdrücklichen Wohlgefallen der Organisation erdölexportierender Länder, der Ecuador angehört, hält sich die Begeisterung von multinationalen Organisationen, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen in Grenzen, wenn es um konkrete Verpflichtungen geht. An einer Roadshow in Genf sprach Ecuador von Zusagen in der Höhe von 60 Mio. \$. Zu den kleineren Gebern gehören mit symbolischen Beträgen von 100 000 \$ Chile, Kolumbien oder die Avina-Stiftung von Stephan Schmidheiny, zu den grösseren Spanien und Italien. Italien hat sich die Sache leichtgemacht und 35 Mio. \$ als Erlass für ecuadorianische Schulden zugesagt. Mit einer Initiative hat sich jüngst der grüne Genfer Nationalrat Antonio Hodgers beim Bundesrat erkundigt, ob die Schweiz gedenke, das Vorhaben zu finanzieren.

Der deutsche Entwicklungshilfeminister und FDP-Politiker Dirk Niebel gehört zu den artikuliertesten Gegnern des Yasuní-Fonds, weil er diesen als klimapolitisches Instrument für verfehlt und nicht auf dem neuesten Stand der Diskussion um Klima-Entscheidungen hält. Die Höhe der Kompensation bemesse sich nach den entgangenen Erdöleinnahmen und nicht nach den tatsächlich reduzierten CO₂-Emissionen auf Grundlage vermiedener Entwaldung. Damit setze man keinerlei politische Anreize, denn belohnt werde das Unterlassen der Erdölförderung, nicht aber aktiver Waldschutz oder der Schutz der indigenen Bevölkerung. Nie-

bel erwähnt als positives Beispiel den «Fundo Amazónia», den weltweit ersten Finanzierungsmechanismus zur Reduktion von Emissionen durch Entwaldung (REED). Die Höhe der Mittel, die jährlich aus dem Fonds bezogen werden dürfen, bemisst sich an der Entwaldungsrate im Amazonasgebiet. Geht diese im Vergleich mit einem Referenzwert zurück, werden Gelder in den Fonds einbezahlt – sonst nicht. Zur Überprüfung steht ein Satellitensystem zur Verfügung. Dieser Mechanismus, so Niebel, belohne Handeln, und er bemesse sich an konkreten Wirkungen.

Position der Schweiz

Zurzeit bewirbt Ecuador auch die von der Schweiz geleitete Environmental Integrity Group, eine Verhandlungsgruppe in den internationalen Klimadiskussionen, der unter anderen auch Mexiko und Korea angehören. Die Schweiz sei einer der Hauptförderer der REED-Initiative und befürworte die Stärkung von Marktmechanismen, sagt der beim Bundesamt für Umwelt zuständige Klima-Botschafter Franz Perrez. Beim Yasuní-Projekt müsse man sich fragen, ob die Tatsache, dass kein Öl gefördert werde, effektiv zu einer Reduktion der Emissionen führe. Überdies machen Experten darauf aufmerksam, dass der vorgeschlagene Mechanismus platzen könnte, wenn unter veränderten politischen Bedingungen in Ecuador eine Regierung sich trotzdem entschliessen würde, Konzessionen für die Erdölförderung zu vergeben.